

Gleichstellung im Sinkflug: Österreichs Frauen kämpfen ums Einkommen!

Am 8. März, zum Internationalen Frauentag, diskutierte Kärntens Frauenbeauftragte Martina Gabriel über Gleichstellung, Löhne und soziale Strukturen.



Kärnten, Österreich - Die neue Frauenministerin Eva Maria Holzleitner (SPÖ) stellte einen mutigen Plan für die Frauenpolitik vor, der am 8. März anlässlich des Internationalen Frauentags besondere Beachtung findet. Ziel ist es, Gewaltschutz, finanzielle Unabhängigkeit und gleiche Chancen für Frauen in der Arbeitswelt zu fördern. Martina Gabriel, die Frauen- und Gleichstellungsbeauftragte des Landes Kärnten, betont, dass vorhandene Ungleichheiten weiterhin bestehen, trotz kleiner Fortschritte in der Gleichstellung. „Frauen leisten nach wie vor einen Großteil der unbezahlten Care-Arbeit“, erklärt Gabriel, und fordert, dass auch Männer in diesen Bereich stärker eingebunden werden, um eine echte Veränderung zu erreichen. „Es ist nicht möglich, dass Frauen allein die Last der

Familienverantwortung tragen“, fügte sie hinzu.

Wichtige Entwicklungen in der Gleichstellung

Ein zentraler Punkt der Diskussion ist der Equal-Pay-Day. Gabriel weist darauf hin, dass dieser Tag auf die ungerechte Lohnsituation aufmerksam macht: Frauen arbeiten teilweise „gratis“, weil ihre Entlohnung hinter der der Männer zurückbleibt. Dies ist nicht nur ein Zeichen für bestehende Diskriminierung, sondern hat auch langfristige Konsequenzen für die Altersvorsorge der Frauen. Laut der Arbeiterkammer erreicht Österreich in Bezug auf die Gleichstellung der Geschlechter insgesamt nur 49 von 100 möglichen Punkten. Besonders alarmierend ist der Punktestand beim Einkommen, wo Frauen im Durchschnitt lediglich 19 Punkte erzielen, was deutlich macht, wie groß die Lücke ist.

Ein weiterer kritischer Bereich ist die Kinderbetreuung. In Österreich wird nur 0,7 Prozent der Wirtschaftsleistung in die Betreuungseinrichtungen investiert, was im internationalen Vergleich sehr niedrig ist. Dies führt dazu, dass viele Frauen ihren Beruf aufgeben müssen, weil sie keine Betreuungsplätze für ihre Kinder finden. Um echte Fortschritte zu erzielen, fordert die Arbeiterkammer, dass Österreich mindestens ein Prozent seiner Wirtschaftsleistung in die Verbesserung der Kinderbetreuung investiert – für eine Zukunft mit mehr Gleichberechtigung, wie es bereits in Ländern wie Finnland und Schweden der Fall ist.

Details	
Ort	Kärnten, Österreich
Quellen	• kaernten.orf.at • kaernten.arbeiterkammer.at

Besuchen Sie uns auf: die-nachrichten.at